

Berliner Zustände 2007 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Herausgeber: apabiz und MBR

64 Seiten

Schutzgebühr: 2,- EUR

Erhältlich als pdf auf den Webseiten der beteiligten Projekte (z.B. www.apabiz.de, www.mbr-berlin.de) sowie als Druckfassung.

Kurzdarstellung

Bereits zu Beginn des Jahres 2007 wurde der jüdische Kindergarten in Charlottenburg mit antisemitischen Parolen beschmiert und in das Gebäude eine Rauchbombe geworfen: Ein Angriff, der in den letzten Jahren in Berlin seines Gleichen sucht. Die kontinuierlich hohe Zahl antisemitischer Übergriffe der letzten Jahre offenbart ein gesellschaftliches Klima, auf dessen Grundlage ein solcher Angriff stattfinden konnte.

Antisemitismus, Rassismus, der Umgang von staatlicher Seite mit zivilgesellschaftlichem Engagement sowie rechtsextreme Tendenzen und Entwicklungen sind die Themenfelder des zweiten Schattenberichts, mit dem vier Projekte die „Berliner Zustände 2007“ aus ihrer alltäglichen Arbeit heraus darstellen und analysieren.

Mit dem jährlich erscheinenden Schattenbericht haben es sich Berliner Projekte zur Aufgabe gemacht sowohl einen Einblick in die wesentlichen Aspekte und Diskurse ihrer Arbeiten zu geben als auch relevante Entwicklungen und Tendenzen in den jeweiligen thematischen Schwerpunkten in gebündelter Form zu analysieren. Wir hoffen, damit einen Beitrag zu der kontinuierlichen und qualitativen Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher und kommunalpolitischer Handlungsstrategien leisten zu können.

Die „Berliner Zustände 2007“ schildern aus Sicht der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), des apabiz - Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V., der Opferberatungsstelle ReachOut und des Projektes Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus (amira) zentrale Aspekte der allgemeinen Entwicklung des vergangenen Jahres und analysieren diese unter Berücksichtigung der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte sowie den Rahmenbedingungen der Arbeit.

Auf den folgenden Seiten stellen wir Ihnen kurz den Inhalt des Schattenberichtes vor.



Berliner Zustände 2007
Inhaltsverzeichnis:

Vorwort von Andreas Köhn (ver.di)	3
Einleitung von Annika Eckel (MBR) und Eike Sanders (apabiz)	5
„Im Namen des Volkes...“ Ein Opfer rechter Gewalt berichtet von Paula S.	7
Zahlen, Fakten, Hintergründe Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2007 von Sabine Seyb (ReachOut)	11
Von weißen Privilegien reden Eine erste Diskussion zur Instrumentalisierung des Rassismusbegriffs	16
„Rassismus gegen Deutsche?“ von Timo Lange (ReachOut)	17
Grenzziehungen von Eike Sanders (apabiz)	20
Antisemitismus in Berlin Erscheinungsformen und Debatten im Jahr 2007 Chronik antisemitischer Vorfälle in Berlin 2007 von amira – antisemitismus im kontext von migration und rassismus	23 24
Kalkulierte Tabubrüche und wehrhafter Opfermythos Selbstinszenierung der Berliner NPD in der Kommunalpolitik von Annika Eckel (MBR)	37
Schwungloser völkischer Alltag von Ulli Jentsch (apabiz)	46
Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2007 von ReachOut	56
Empfehlenswerte Literatur	63
Kontakt/Impressum	64

Vorwort

von Andreas Köhn (Ver.di) (Seite 3)

Im Vorwort greift Andreas Köhn aus journalistischer Sicht die Frage nach dem Verhältnis zwischen dem immer wieder geforderten zivilgesellschaftlichem Engagement und den Ermittlungs- und Kriminalisierungspraktiken von BKA und LKA auf, die auch zwei weitere Beiträge thematisieren.

ANDREAS KÖHN ist stellvertretender Landesbezirks- und Fachbereichsleiter Medien, Kunst und Industrie der Gewerkschaft ver.di Berlin-Brandenburg. Außerdem ist er der Landesgeschäftsführer der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) und engagiert sich seit Jahren zum Thema Rechtsextremismus innerhalb und außerhalb der Gewerkschaft (www.agrexive.de).

Der Autor kommt u.a. zu der Einschätzung:

„Die „Freiheit der Berichterstattung“ ist nichts, was allein einer Berufsgruppe wie den JournalistInnen oder den Medien als Ganzes zukommt. Auch Initiativen brauchen die Möglichkeit, sich frei zu informieren, gesellschaftliche Skandale zu benennen und die politischen Verantwortlichen zu kritisieren. Sie erfüllen darin eine grundlegende zivilgesellschaftliche Aufgabe, die als Gradmesser der Freiheit der gesamten Gesellschaft gelten darf.

Die hier im nunmehr zweiten Schattenbericht „Berliner Zustände“ versammelten Projekte kennen das Spannungsfeld zwischen behördlichen „Ermittlern“ und zivilgesellschaftlichen „Berichterstattern“ nur zu gut. Die Projekte müssen sich in ihrer professionellen Arbeit der Beratung, der Dokumentation, der Analyse oder der Intervention ständig mit den Grenzen zwischen „Ermitteln“ und „Berichten“ auseinandersetzen. Und sie müssen sich, das zeigen mehrere Berichte in diesem Jahr, auch immer wieder der Avancen oder der Ignoranz der Behörden erwehren.“
(Seite 3f)

„Im Namen des Volkes...“. Ein Opfer rechter Gewalt berichtet
von Paula S. (Seite 7)

Die Frage nach der juristischen Aufarbeitung und einem sensibilisierten Umgang der Polizei rückt auch der persönliche Bericht einer von rechtsextremer Gewalt Betroffenen in den Fokus.

Zitat:

„Nach etwa 2,5 bis 3 Jahren gehe ich zu meinem Anwalt, um zu schauen, was mit meiner Anzeige passiert ist. Als die Akten endlich da sind, stellt sich heraus, dass das Verfahren gegen die Nazis unrechtmäßig eingestellt wurde. Es wurde kaum ermittelt. Schon damals fragte ich mich: Warum ermittelt der Staatsschutz, wenn ein linker Aufkleber geklebt wird und warum wird ein Verfahren eingestellt, wenn man von 30 Neonazis mit Waffen gejagt wird?“ (Seite 8)

Zahlen, Fakten, Hintergründe - Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2007

von Sabine Seyb (ReachOut) (Seite 11)

Mit krisenhaften Erscheinungen haben die alltäglich gewordenen rassistischen, rechten und antisemitischen Angriffe nichts zu tun. Die Berliner Opferberatungsstelle ReachOut berichtet, mit welchen Rahmenbedingungen ihre Arbeit an der Seite der Betroffenen zu kämpfen hat. Im Fokus steht dabei die Frage, was es bedeutet, wenn Förderprogramme Rechtsextremismus und Rassismus nicht als kontinuierliche Herausforderung verstehen, und wenn Ermittlungsbehörden eine Aufarbeitung der Tat für die Betroffenen erschweren.

Denn ein Fall ist nicht einfach nur ein Fall und schon gar nicht eine zeitlich begrenzte Krisensituation. Mit seiner Erfassung in einer Chronik kann er nur schwer das Ausmaß rechter Gewalt abbilden. Die Folgen der Gewalterfahrungen beschäftigen Opfer und Beratungsstelle manchmal über Jahre hinweg, die Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen ist dabei nicht immer hilfreich um eine weitere Traumatisierung zu verhindern bzw. eine Aufarbeitung zu ermöglichen.

Zitat:

„Herr P. konnte nach der Tat gegen ihn nicht mehr arbeiten, weil er bis heute große gesundheitliche Probleme hat. Er konnte allerdings auch nicht mehr studieren, weil er beim Lesen sofort Kopfschmerzen bekam und seit der Operation ein stechender Schmerz hinter dem Auge ihn sehr beeinträchtigt und er immer wieder ohnmächtig wird bzw. krampfartige Anfälle hat, in deren Folge er immer wieder ins Krankenhaus muss. ReachOut unterstützte Herrn P., alle Möglichkeiten für Studierende in Berlin zu nutzen.“ (Seite 12)

Zitat:

„Mit dem Beratungsnetzwerk ist ein reger Austausch von ProjektvertreterInnen, Staatsschutz- und bisweilen auch VerfassungsschutzvertreterInnen institutionell verankert. Hier könnte leicht der Eindruck entstehen, man habe eine weitgehende Übereinstimmung und gemeinsame Interessen in der Bekämpfung des Rechtsextremismus, des Rassismus und des Antisemitismus. Dieses Bild täuscht. Als Opferberatung stehen wir zuerst auf der Seite der Betroffenen. In unserer Arbeit orientieren wir uns an deren Bedürfnissen. Dafür bedarf es einer größtmöglichen Unabhängigkeit von staatlichen Stellen – sowohl im Denken als auch im praktischen Handeln. Denn die Vertretung und Durchsetzung der Interessen von Opfern rechter, rassistischer Gewalt führt zwangsläufig zu Konflikten, auch mit den Ermittlungsbehörden.“ (Seite 15)

Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin 2007
von ReachOut (Seite 56)

Zitate:

„Eine Erklärung für den Rückgang der Angriffszahlen könnte sein, dass bekannte rechte Schläger zeitweise in Haft waren. Aufgrund der Erfahrungen aus unserer Beratungspraxis vermuten wir allerdings auch, dass die potenziellen Opfer und deren Umfeld mittlerweile so weit sensibilisiert sind, dass sie bestimmte Orte meiden oder sich vorsichtiger durch die Stadt bewegen, um möglichen Bedrohungen und Angriffen aus dem Weg zu gehen.“ (Seite 13f)

Von weißen Privilegien reden - Eine erste Diskussion zur Instrumentalisierung des Rassismusbegriffs:

„Rassismus gegen Deutsche?“ von Timo Lange (ReachOut) (Seite 17)

Grenzziehungen von Eike Sanders (apabiz) (Seite 20)

Immer häufiger wird von »rassistischen Übergriffen« gegen Deutsche ohne Migrationshintergrund berichtet. Wenn Deutsche als Mitglieder ihrer sozialen Gruppe beleidigt werden, wie subjektiv verständlich ist es dann, dass sie sich als Opfer »rassistischer« Gewalt fühlen? Und unabhängig von der Frage der Empathie: Ist es richtig, diese Gewalt als »rassistisch« motiviert zu kategorisieren? Um was handelt es sich, wenn Deutsche als »Kartoffelgesicht« beschimpft werden?

Mit zwei kurzen Texten soll eine Frage aufgegriffen sowie eine Diskussion angestoßen werden, die im vergangenen Jahr eine Herausforderung für die Beratungspraxis darstellte: Kann man bei Angriffen von Menschen mit Migrationshintergrund auf herkunftsdeutsche Menschen von Rassismus sprechen?

ReachOut nähert sich dieser Fragestellung aus der eher praxisorientierten antirassistischen Perspektive und das apabiz analysiert aus einer eher sozialwissenschaftlichen Perspektive, die den Diskurs betrachtet.

Die Diskussion steht erst am Anfang. Doch bevor, wie leider viel zu oft in der medialen Öffentlichkeit, der Diskurs genutzt wird rechtsextreme und rassistische Angriffe zu relativieren, wollen wir den Versuch unternehmen, kritisch in den Diskurs einzugreifen und eine antirassistische und antifaschistische Analyse und Meinung zu vertreten.

Zitate:

Timo Lange (ReachOut):

„Politisch und praktisch ist es daher wichtig, den Rassismusbegriff nicht auf Gewalt oder Beschimpfungen von MigrantInnen gegen Deutsche anzuwenden, da dies ihm seine Bedeutung nehmen würde, schlichtweg unangemessen und ahistorisch wäre.“ (Seite 18)

Eike Sanders (apabiz):

„Dass die Ethnisierung (Anm.: von Konflikten) von einigen MigrantInnen reproduziert wird, ist vor dem Hintergrund einer Utopie von einer Gesellschaft, in der ethnische Herkunft, »Klasse«, Geschlecht etc. keine Rolle spielen, vielleicht ärgerlich, aber entscheidend ist hier der Diskurs um die Gewalt gegen Deutsche (...)“ (Seite 21)

Antisemitismus in Berlin - Erscheinungsformen und Debatten im Jahr 2007 Chronik antisemitischer Vorfälle in Berlin 2007

von amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus (Seite 23)

Bereits zu Beginn des Jahres 2007 wurde der jüdische Kindergarten in Charlottenburg mit antisemitischen Parolen beschmiert und in das Gebäude eine Rauchbombe geworfen: Ein Angriff, der in den letzten Jahren in Berlin seines Gleichen sucht. Die kontinuierlich hohe Zahl antisemitischer Übergriffe der letzten Jahre offenbart ein gesellschaftliches Klima, auf dessen Grundlage ein solcher Angriff stattfinden konnte.

Mit dem Beitrag des Projektes amira zu antisemitische Erscheinungsformen und Debatten wollen wir eine Leerstelle des letzten Schattenberichtes schließen und einen wesentlichen Aspekt der Berliner Entwicklungen aufzeigen. Ergänzt wird der Artikel durch eine Chronik antisemitisch motivierter Übergriffe des letzten Jahres.

Das Landeskriminalamt Berlin weist für 2007 weniger antisemitisch motivierte Straftaten auf als im Vorjahr, wohingegen sich die Zahl der Gewalttaten verdoppelt hat. Doch was sagen zu- oder abnehmende Zahlen über die Alltagsdimensionen des Antisemitismus in Berlin aus?

Zitat:

„Der Verein für Demokratische Kultur in Berlin führt seit dem Jahr 2007 eine Chronik, in der antisemitisch motivierte Vorkommnisse in der Stadt dokumentiert werden. Als Quellen dienen Meldungen des Polizeitickers und der Berliner Tagespresse sowie verschiedene andere öffentlich zugängliche Chroniken. Die in der VDK-Chronik für 2007 dokumentierten 47 Fälle bilden nur einen kleinen Teil der polizeilich erfassten Straftaten ab, da nur ein Teil der Vorfälle in die Öffentlichkeit gelangt. Über die VDK-Chronik für das gesamte Jahr 2007 hinausgehend, weist das LKA für diesen Zeitraum insgesamt 212 antisemitisch motivierte Straftaten aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (272 Straftaten) stellt diese Zahl einen Rückgang um 22 % dar; bei den antisemitischen Gewalttaten ist jedoch ein Anstieg um mehr als 100 % (2007: 9; 2006: 4) zu verzeichnen.“ (Seite 27)

Zitat:

„Jenseits einzelner öffentlichkeitswirksamer Vorkommnisse, die wenige Male im Jahr mediale Aufmerksamkeit erlangen, spielen Erscheinungen von Antisemitismus vor allem in der öffentlichen Debatte um menschenfeindliche Einstellungen und Verhaltensweisen in Berlin eine – wenn auch geringe – Rolle. Anders als etwa im Bereich Rassismus gibt es wenig nachbarschaftliches bzw. bezirkliches Engagement gegen Antisemitismus. Zum Teil an einzelne Vorfälle anknüpfend, wurden im Jahr 2007 in Berlin verschiedene Debatten über aktuelle Erscheinungsformen des Antisemitismus und ihre Relevanz geführt bzw. fortgesetzt.“ (Seite 29)

Kalkulierte Tabubrüche und wehrhafter Opfermythos - Selbstinszenierung der Berliner NPD in der Kommunalpolitik

von Annika Eckel (MBR) (Seite 37)

Die rechtsextremen Verordneten der NPD versuchen sich in den Berliner BVVen als »wahre Demokraten« zu profilieren. Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR) erläutert das Demokratieverständnis der NPD und beschreibt, welche Herausforderung für zivilgesellschaftliches Engagement die rechtsextreme Selbstinszenierung als »wehrhafte Opfer« bedeutet.

Zitat:

„Kennzeichnend für die Tätigkeit der NPD- Verordneten ist eine Mischung aus offensichtlich ideologisch motivierten Anträgen und Redebeiträgen, mit denen rechtsextreme Kernaussagen propagiert werden sollen sowie Initiativen, deren Verbindungen zu rechtsextremen Ideologieelementen auf den ersten Blick weniger offenkundig sind.“ (Seite37)

„Die Inszenierung als »Kämpfer für das eigene Volk« ist eng verwoben mit der kontinuierlichen Selbstdarstellung als »unschuldig Verfolgte«, die auch nicht vor relativierenden Vergleichen mit dem Nationalsozialismus zurückschreckt. So äußerte der Neuköllner NPD-Verordnete Thomas Vierk in einem Redebeitrag auf einer rechtsextremen Demonstration: »Unser gemeinsames Ansinnen auf ein besseres Deutschland scheint den Blockparteien so eine Heidenangst einzujagen, dass sie unsere Stimme brechen, unsere Parteien verbieten und uns alle am liebsten in Konzentrationslager stecken würden, um uns dort ordentlich zu entlausen.«“ (Seite38)

Zitat:

Der Einzug der NPD in vier Berliner BVVen führt notwendigerweise zu einer neuen Qualität kommunalpolitischen Handelns, die die inhaltliche Auseinandersetzung mit und die Ächtung von rechtsextremer Ideologie auf allen Ebenen zu einer stetigen Aufgabe Berliner Politik macht. Dabei wird die Herausforderung vor allem darin bestehen nicht einem Ermüdungseffekt zu erliegen, auf den die NPD strategisch setzt, sondern die kontinuierliche Anstrengung zu unternehmen rechtsextreme Präsenz nicht zur Normalität werden zu lassen – weder im Alltag noch in den Parlamenten.

Dem kommunalen Handeln kommt eine Schlüsselrolle bei der Verhinderung einer schrittweisen Normalisierung rechtsextremer Weltbilder und Erscheinungen zu. Die Kommune ist der Ort, an dem die Auseinandersetzung zwischen rechtsextremer Agitation und demokratischen Gegenkräften am unmittelbarsten erfolgt. Sie ist zum zentralen Schauplatz des Kampfes der Rechtsextremen um gesellschaftlichen Anschluss geworden. Hier wird entschieden, ob die diskurs- und raumgreifenden Normalisierungsstrategien, mit denen Rechtsextreme versuchen, die gesamtgesellschaftliche und bundespolitische Ächtung zu unterlaufen, erfolgreich sein oder scheitern werden. (Seite 45)

Schwungloser völkischer Alltag

von Ulli Jentsch (apabiz) (Seite 46)

Die rechtsextreme Organisierung jenseits der NPD in Berlin nimmt das apabiz in den Blick – ein Feld, das auch schon im Jahr 2006 durch den Wegfall klassischer Kameradschaftsstrukturen bzw. ihr Aufgehen in der NPD in Umstrukturierung begriffen ist.

Die Arbeit der NPD außerhalb der Parlamente findet nur noch sporadisch und schwunglos statt; Zeit, neue Themen anzusprechen:

Die HDJ ist 2007 mehrfach in das Interesse der Öffentlichkeit geraten, wofür maßgeblich Recherchen von AntifaschistInnen und JournalistInnen verantwortlich waren. Unter Verzicht auf öffentliche Selbstinszenierungen hat sich die Organisation in den letzten Jahren ein klandestines Netz gestrickt, das es ihr ermöglicht, bis zu 350 Personen in Camps zu versammeln, um diese ideologisch und paramilitärisch zu schulen. Die HDJ stellt damit eine wesentliche Hintergrundstruktur des organisierten Neonazismus in Deutschland dar. Die sichtbar gewordene Dimension ihrer Aktivitäten brachte 2007 insbesondere die Sicherheitsbehörden in arge Erklärungsnöte, auch die Innenbehörde und das Landesamt für Verfassungsschutz in Berlin.

Ebenso müssen 2007 die ersten Gehversuche eines Berliner Ablegers der rechtspopulistischen Bürgerinitiative Pro Deutschland beobachtet werden.

Zitat:

„Der organisierte Rechtsextremismus in Berlin 2007 – einige zusammenfassende Thesen

Die Wirkung der NPD hängt 2007 maßgeblich an der parlamentarischen Arbeit in den Berliner Bezirken. Das neonazistische Spektrum findet im Berliner Landesverband der NPD sein organisatorisches Zentrum. Die rechtsextreme Musikszene Berlins ist bei starker polizeilicher Repression nur im engen Kreis aktiv oder betätigt sich in anderen Bundesländern.

Besonderes Augenmerk verdient die Heimatreue Deutsche Jugend (HDJ), deren Bedeutung im neonazistischen Spektrum in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist. Sie besetzt in völkischer Tradition den zentralen Bereich der weltanschaulichen Schulung von Kindern und Jugendlichen.

Die anderen rechtsextremen Gruppierungen bleiben weiter erfolglos, sie sehen jedoch in der Bundeshauptstadt ein großes Potenzial für ihr Politikangebot. Seit Anfang 2007 versucht die bisher vor allem in Nordrhein-Westfalen aktive Wählervereinigung Pro Deutschland (PRO) in Berlin Fuß zu fassen.

Auch andere national- oder rechtskonservative Vereinigungen haben im Jahr 2007 ihre Sympathien für bestimmte rechtsextreme Positionen oder Einzelpersonen deutlich gemacht. Dies führte zu keinen Protesten oder Distanzierungen durch die demokratische Öffentlichkeit. Erneut ist in diesem Zusammenhang die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e.V. zu nennen, die Mitglieder der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) in ihren Reihen duldet.“ (Seite 48)